

Der Mensch kommt zu kurz

Kultur und Politik wollen aus dem Online-Modus heraus und zurück ins wahre Leben

DANIEL GERNY, ERICH ASCHWANDEN

Irgendwann in dieser Krise hatte Ines Goldbach eine Idee, die sich zunächst anhört wie aus einem Seniorenfortbildungskonzept der 1970er Jahre: Auf Voranmeldung können sich Interessierte und Nicht-Social-Media-Affine neuerdings am Telefon des Kunsthouses Basel-Land über Kultur unterhalten: «Gerne rufen wir Sie zwischen 10 und 12 Uhr an und besprechen mit Ihnen für ca. 10 Minuten ein Kunstwerk aus der aktuellen Ausstellung», wirbt das Kunsthaus in Muttenz, dessen Direktorin Goldbach ist.

Was dann passierte, erstaunte Goldbach: Nicht nur Ältere meldeten sich, sondern zuhauf Kunstliebhaber aus allen Schichten, Jahrgängen und selbst von ausserhalb des Kantons: «Wir stellen ein riesiges Bedürfnis fest, Kultur endlich wieder analog, direkt und auch am eigenen Leib zu erfahren, egal was wir anbieten», konstatiert die Kulturvermittlerin.

Am eigenen Leib erfahren – es ist diese Sehnsucht, die sich immer drängender in allen Bereichen des Lebens bemerkbar macht. Die erste Phase der Pandemie hat gezeigt, dass sich vieles im beruflichen und privaten Leben via Skype und Zoom abwickeln lässt. Für viele sorgte die Digitalisierung auf diese Weise gar für eine willkommene Entschleunigung: Geschäftsreisen, Wocheneinkauf, Vereinsversammlungen und Meetings – dies alles lässt sich von zu Hause aus organisieren.

Tränen der Rührung

Selbst Emotionen wurden in der Anfangsphase geradezu euphorisch via Smartphone oder Computer transportiert. Etwa als die Musiker des serbischen Nationaltheaters im März aus dem Home-Office «Bella Ciao» intonierten, um ihre Solidarität mit den Menschen aus dem gebeutelten Bergamo zu bekunden. Das Video sorgte für Hunderttausende Klicks und Tränen der Rührung.

Doch so kreativ Politik, Kultur und Wirtschaft die neue Normalität gestalten: «Der Mensch als fühlendes Wesen kommt zu kurz», wie es Goldbach formuliert. Es sei wie mit dem Essen: «Sie können digital unendlich viel über verschiedene Tomatensorten erfahren. Wie sie schmecken, wissen Sie erst, wenn Sie reinbeissen.»

Ähnlich sieht dies Anita Hugi. Die Direktorin der Solothurner Filmtage gehört innerhalb der Kulturszene schon fast zu den Glücklichen. Im vergangenen Jahr konnte sie den Anlass noch durchführen, bevor das Coronavirus den Kulturbetrieb praktisch lahmlegte. In diesem



Wie andere Kulturbetriebe sind die Kinos momentan geschlossen und brauchen Unterstützung.

ENNIO LEANZA / KEYSTONE

Jahr wurde die Werkschau des Schweizer Films pandemiebedingt vollumfänglich digital durchgeführt. Statt Applaus nach dem Abspann war das Publikum im Webinar-Modus direkt zugeschaltet.

«Die Filmtage sind ein Ort der Begegnung und der Debatte. Diese zentrale Rolle konnten sie dieses Jahr auch voll wahrnehmen: Hundert Gespräche mit Filmschaffenden fanden live statt. Ein Festival ist mehr als Filme schauen – es ist Begegnung. Noch intensiver ist und bleibt sie im realen Raum», so umschreibt es Hugi. Was das Filmfestival leiste, würde jeder Kulturort und jedes Kulturhaus vermitteln: Das Publikum finde zusammen, um etwas gemeinsam zu erleben – und um das Erlebte auszutauschen.

Gerade wegen dieser Funktion sei es wichtig, nun rasch aus dem Shutdown zu kommen. «Nach einem Jahr in Isolation» wird die Kultur entscheidende Impulse geben. Denn die Pandemie hat unsere Lebensform erschüttert, und die fortschreitende Digitalisierung wird sie noch mehr umkrempeln», ist die Direktorin der Solothurner Filmtage überzeugt.

Dank Streaming blieb das Filmschaffen in den vergangenen Monaten im

öffentlichen Leben immer recht präsent. Doch die Kinos befinden sich an einem Scheideweg. «Ihre Schliessung infolge der Pandemie war wie ein Schuss vor den Bug: Wir haben gemerkt, wie einzigartig und unersetzlich das Kino als Kulturtreffpunkt und Ort der Begegnung ist. Wir müssen die Kinos stärken, bevor es zu spät ist», sagt Hugi und spielt den Ball der Politik zu. «Die Kultur ist im Kern getroffen. Sie braucht jetzt unkomplizierte Überbrückungshilfe, und dann Arbeit und Aufträge, um fast ein Jahr Einnahmeausfall versuchen wettzumachen.»

Politik hinter Plexiglas

Parallel dazu beginnt sich das politische Zusammenspiel nach einem Jahr Seuche zu verändern und blutleer zu werden. Das lässt sich anhand der Volksinitiativen feststellen: Das Coronavirus nimmt den Volksrechten die Luft. Während im Jahr 2019 elf eidgenössische Initiativen lanciert wurden, waren es nach dem ersten Lockdown nur noch deren zwei. Und allein im letzten November und Dezember sind vier Volksbegehren gescheitert, weil die Unterschriften nicht zusam-

menkamen. Nirgendwo sonst zeigt sich deutlicher als in einer direkten Demokratie, wie sehr die politische Debatte von der realen Begegnung abhängt.

Doch das Phänomen geht tiefer. «Ich stelle einen eigentlichen Verlust der politischen Kultur fest», sagt Joachim Eder, der 2019 als Zuger Ständerat zurücktrat. «Wenn man ständig über das Smartphone oder den Bildschirm kommunizieren muss, geht die Nähe verloren. Ausserdem sind die Chat-Formate ermüdend.» Als belastend empfindet es der FDP-Politiker, dass viele persönliche Verbindungen gekappt sind.

Gespräche innerhalb der eigenen Partei und erst recht mit dem anderen Lager sind schwierig geworden. «Das Zwischenmenschliche kommt abhanden», so bringt es Eder auf den Punkt, der acht Jahre als Ständerat und elf Jahre als Zuger Gesundheitsdirektor wirkte. Darunter leidet nicht nur die Debattenkultur. «Weil man sich nicht mehr sieht und persönlich austauscht, kann es passieren, dass Themen, die unter der Oberfläche schwelen, in den Parteien nicht rechtzeitig erkannt werden», sagt Eder. Ein Beispiel dafür sei die verpasste Gelegenheit, an der FDP-Dele-

giertenversammlung über das Anti-Terror-Gesetz zu diskutieren. Seine ehemaligen Kolleginnen und Kollegen benediet der 69-Jährige auf jeden Fall nicht. «Es ist schon eine grosse Einschränkung, wenn man sich in der kleinen Kammer hinter Plexiglasscheiben verschanzte und ständig eine Maske trägt. Das trägt nicht zur Debattenkultur bei.»

Die Krise mitgestalten

Einsamkeit, mangelnde Kontakte, ausbleibende Abwechslung und wachsende Existenzängste führen zu Stress, Konflikten und depressiven Symptomen. Die psychiatrischen Kliniken vermelden eine wachsende Nachfrage nach ärztlicher und psychiatrischer Hilfe. Die Anzeichen für eine Zunahme häuslicher Gewalt häufen sich. Jugendliche kämpfen immer stärker mit seelischen Problemen. Dominique de Quervain, Direktor der Abteilung für kognitive Neurowissenschaften an der Universität Basel und Mitglied der Corona-Task-Force, misst den psychischen Stress in der Gesellschaft. In mehreren Online-Untersuchungen hat er analysiert, wie die Bevölkerung mit der Pandemie umgeht.

Bereits Wochen nach dem Beginn des ersten Lockdowns litt rund die Hälfte der Teilnehmer unter grösserem Stress. Die Corona-Massnahmen stiessen in dieser Phase aber auf breite Zustimmung. Im Herbst verdoppelte sich der Anteil der Personen mit schweren depressiven Symptomen auf 18 Prozent, bei Jugendlichen unter 25 Jahren beträgt dieser Anteil sogar 29 Prozent. Finanzielle Sorgen und Existenzängste beeinflussen das Befinden besonders stark. De Quervain stellt die Massnahmen trotz dieser Entwicklung nicht infrage, denn am Anfang der Ursachenkette stehe die Pandemie. Umso wichtiger sei es, die Nebenwirkungen der Massnahmen bestmöglich abzufedern. Zur Belastung werde die Krise nicht zuletzt, weil ihr Ende nicht wirklich absehbar sei. «Die Menschen haben realisiert, dass die Pandemie nicht so schnell vorbei ist», erklärt de Quervain gegenüber der NZZ.

«Wir müssen aufpassen, dass wir die Pandemie nicht einfach aussitzen, sondern aktiv kreativ gestalten», folgert die Kunsthause-Direktorin Ines Goldbach. Sie sieht die Kultur nicht zuletzt deshalb in der Verantwortung, weil die Auseinandersetzung mit Krisen aller Art zum Selbstverständnis der Kunst an sich gehöre: «Künstlerinnen und Künstler machen vor, wie man aus Notlagen und dem Alleinsein Kreativität schöpft», sagt Goldbach.

Armee räumt Fehler beim Maskenkauf ein

Wirkung einiger Produkte wird noch getestet – Apotheke macht auch Bund, Kantone und Bevölkerung verantwortlich

LARISSA RHYN

Als die Pandemie begann, mussten drei Personen Medizingüter für die ganze Schweiz kaufen. Drei Personen, die bei der Armeepotheke nicht einmal alle Vollzeit angestellt waren. Sie, die zuvor für nur 12 Millionen Franken jährlich Schutzmaterial eingekauft hatten, sollten nun innert weniger Monate 550 Millionen Masken beschaffen, dazu grosse Mengen Desinfektionsmittel, Schutzbrillen oder Operationsschürzen. Sie waren heillos überfordert. Nach und nach kam zwar Unterstützung, doch bis alle 60 zusätzlichen Personen da waren, dauerte es.

Klar ist also: Die Ausgangslage war alles andere als ideal. Aber wie viele Fehler sind passiert, und wie gravierend sind sie? In den letzten Monaten hat vor allem die Beschaffung der Masken immer wieder Schlagzeilen gemacht. Von Schimmelpilzen, von gefälschten Zertifikaten und horrenden Preisen war die Rede. Nun haben die Verantwortlichen der Armeepotheke bei einer Medienkonferenz erklärt, welche Probleme es gab, wie sie gelöst wurden und welche Fragen nach wie vor offen sind.

Die Armeepotheke kaufte 302 Millionen Masken, also rund 250 Millionen weniger als verlangt. Dies lag daran, dass zeitweise kaum Masken verfügbar waren. Ausserdem zweifelte Brigadier Markus Näf, der im Frühling für die Beschaffung zuständig war, auch an, ob wirklich so viele Masken benötigt wurden. Er sollte recht behalten: Nach dem eklatanten Mangel zu Beginn hat der Bund nun zu viele Masken.

Kein Schimmelpilz

Weil die Detailhändler nun problemlos selber bestellen können, muss die Armee nur noch rund einen Drittel der ursprünglich bestellten Masken einlagern – 130 Millionen. Den Rest soll sie wenn möglich weiterverkaufen, wie der Chef der Armeepotheke, Dan Aeschbach, erklärte. Die Marktpreise sind deutlich tiefer als im Frühling, wodurch der Bund Geld verliert. Und voraussichtlich können gar nicht alle Masken verkauft werden. Aeschbach und sein Team prüfen deshalb, ob sie einen Teil an Schulen oder Hilfsorganisationen abgeben können.

Nicht nur die mangelnde Nachfrage ist ein Problem, es gibt auch Zweifel an der

Qualität der Masken. Divisionär Thomas Kaiser, Chef Logistikkoordination der Armee, betonte, 94 Prozent der gekauften Masken hätten einwandfreie Zertifikate. 2 Prozent, sprich 6 Millionen Masken, seien beim Kauf zwar konform gewesen, müssten nun jedoch wegen eines Entscheids des Staatssekretariats für Wirtschaft zusätzlich gemäss EU-Norm zertifiziert werden. Bei den restlichen 4 Prozent, rund 12 Millionen Masken, besteht der Verdacht, dass es sich um Fälschungen handelt. Dies wird nun abgeklärt.

Im Herbst musste die Armee Masken aus den Kantonen zurückrufen, weil der Verdacht bestand, sie seien von Schimmelpilzen befallen. Aeschbach betonte, man habe die betroffenen Maskentypen in zwei Labors untersuchen lassen. Die «mikrobiologische Belastung» sei bei keinem Typ «über dem Grenzwert» gewesen. Die Masken können vorerst trotzdem nicht verwendet werden. Die Armee hat sie zur Prüfung an ein deutsches Labor geschickt.

Aeschbach unterstreicht, es seien unter sehr schwierigen Arbeitsbedingungen sowohl bei der Beschaffung als auch bei der Erfassung im System Fehler pas-

siert. Der Chef der Armeepotheke, der erst seit Mai auf seinem Posten ist, nahm seine Mitarbeitenden auch in Schutz: Sie hätten vor der Pandemie nicht nur viel kleinere Bestellungen bewältigen müssen, sondern auch jeweils mit langjährig etablierten Partnern zusammengearbeitet. Plötzlich war ihre Aufgabe um ein Vielfaches komplexer: Sie mussten auf einem ausgetrockneten Weltmarkt Masken in Mandarin bestellen. Und die Infrastruktur, darunter das System für die Erfassung der Bestellungen, sei nicht auf dem neusten Stand gewesen.

Interne Untersuchung läuft

Kaiser suchte nicht nur intern nach Fehlern. Er kritisierte auch explizit die ungenügende Vorbereitung auf die Pandemie: «Weil der Bund, die Kantone und die Bürger in der Bevorratung versagt haben, wurde die Armeepotheke beauftragt.» Aus Sicht des Logistikchefs hat diese ihren Auftrag bei der Beschaffung insgesamt erfüllt. Wo genau Fehler passiert sind, soll eine Untersuchung der internen Revision des Verteidigungsdepartements (VBS) zeigen.

ANZEIGE

«Ich möchte nie aufhören, Fragen zu stellen.»



Patrick Frost
Group CEO
zum
selbstbestimmten
Leben

SwissLife